



Eisenstadt, 01. Juni 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Land durchlebt herausfordernde Zeiten, und diese Zeiten bringen Probleme mit sich, die nach Reformen verlangen.

Gerade wenn es um das Thema Gesundheit geht, erwartet sich die Bevölkerung Antworten. Antworten darauf, wie wir sicherstellen, dass niemand abgewiesen wird oder monatelang auf eine Behandlung warten muss. Antworten darauf, wie eine qualitativ hochwertige Versorgung in Wohnortnähe gewährleistet werden kann und letztlich auch eine Antwort auf die Frage, wie wir die Finanzierung unseres Systems langfristig absichern.

Diese Fragen sind berechtigt. Und es liegt an uns, gemeinsam tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Derzeit kursieren zahlreiche Ideen und Konzepte unterschiedlichster Protagonisten, die letztlich allesamt auf eines hinauslaufen – eine Zentralisierung des Gesundheitswesens und damit einhergehend eine Schwächung der regionalen Versorgung.

Das ist nicht der richtige Weg. Ich darf mich daher heute mit einem Vorschlag an Sie wenden, der einen Ausgleich zwischen den Interessen des Bundes und jenen der Länder schaffen kann. Das Gesundheitswesen braucht weder eine vollständige Zentralisierung noch künstliche Zuständigkeitsgrenzen. Es braucht eine klare Aufgabenverteilung: so viel überregionale Planung wie nötig und so viele regionale Spielräume wie möglich.

Hochspezialisierte und hochkomplexe Leistungen sollten künftig in einigen als reine Bundesspitäler geführten Universitätskliniken gebündelt werden. Das betrifft insbesondere große Einrichtungen wie das AKH Wien, das Uniklinikum Graz oder das Kepler Universitätsklinikum Linz, aber auch Heeresspitäler und Häuser der AUVA.

Die Verantwortung für die übrigen Spitäler und damit für die regionale Versorgung muss hingegen bei den Ländern bleiben. In enger Abstimmung können sie regionale Schwerpunkte setzen und gezielt in ihre Kliniken und Versorgungsstrukturen investieren. Als burgenländischer Landeshauptmann verschließe ich mich dabei keiner überregionalen Zusammenarbeit, wo sie sinnvoll ist – etwa bei einer effizienteren Patientensteuerung oder einer engeren Kooperation der Länder im Einkauf. Das Ziel muss in jedem Fall eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Versorgung bleiben.

Wir müssen uns in der aktuellen Diskussion daher auch der eigentlich zentralen Frage stellen, nämlich wie das österreichische Gesundheitssystem finanziell nachhaltig und dauerhaft auf gesunde Beine gestellt werden kann. Dafür braucht es eine klare und

nachvollziehbare Finanzierung. Wenn der Bund die hochspezialisierte Versorgung übernimmt und die Länder die regionale Versorgung sicherstellen, muss der Geldfluss dem Leistungsangebot folgen. Nur so entstehen die richtigen Anreize für notwendige Investitionen und Weiterentwicklungen. Wer in sein Gesundheitssystem investiert, soll belohnt werden und nicht neuen Hindernissen gegenüberstehen.

Mit dem Österreichischen Strukturplan Gesundheit existiert dazu bereits ein Instrument, das eine gesamtstaatliche Steuerung vorsieht und auch die nötige Flexibilität gewährleistet. Wenn ein Land zusätzliche Leistungen anbieten will, so wie das Burgenland die Herzchirurgie, dann soll das jeweilige Land dies auch finanziell tragen. Das ist ein guter Ausgleich zwischen zentraler Steuerung sowie regionaler Ausgestaltung und entspricht einer Steuerung über die Qualität.

Eine Finanzierung aus einer Hand, wie sie zuletzt verstärkt diskutiert wurde, würde die bereits schwierige Situation weiter verschärfen. Während die Beiträge von Bund und ÖGK seit Jahren de facto eingefroren sind, müssen die Länder steigende Kosten zunehmend aus ihren allgemeinen Budgets abdecken. Angesichts der budgetären Lage des Bundes und des wachsenden allgemeinen Einsparungsdrucks sind die Folgen einer Zentralisierung absehbar: Schließungen von Spitälern und Abteilungen, insbesondere im ländlichen Raum. Das bedeutet: Leistungsabbau auf Kosten der Bevölkerung. Das darf nicht das Ergebnis einer Gesundheitsreform sein, die diesen Namen wirklich verdient.

Angesichts des demographischen Wandels, steigender Kosten in der Spitzenmedizin, der Notwendigkeit eines starken regionalen Spitalswesens und der Gastpatiententhematik braucht das Gesundheitswesen vielmehr endlich eine faire und nachhaltige Finanzierung durch den Bund, die spätestens im nächsten Finanzausgleich außer Streit gestellt werden muss.

Ich ersuche Sie, diesen Vorschlag in Ihren Gremien zu prüfen und im Sinne der Bevölkerung weiterzudenken. Die Menschen erwarten zu Recht Lösungen für konkrete Probleme. Wir werden uns und unsere Glaubwürdigkeit daran messen lassen müssen, ob wir diese Lösungen liefern können.

Mit besten Grüßen

Hans Peter Doskozil  
Landeshauptmann des Burgenlandes



7000 Eisenstadt, Europaplatz 1 – Landhaus  
Telefon +43 2682 600-2200, zum Ortstarif 057 600-2200  
Fax +43 2682 600-2900, E-Mail [hans-peter.doskozil@bgld.gv.at](mailto:hans-peter.doskozil@bgld.gv.at)  
Datenschutz: <https://www.burgenland.at/datenschutz>